

WIRTSCHAFTS

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis bei Haus monatlich 30,- M. Durch die Post monatlich 30,- M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Kerschbaum, 14, Bernauer 1047. Der Anzeigenpreis beträgt 300 M. für den Millimeter Höhe und Breite. 700 M. für die Zeile, einschließlich an den bezugsberechtigten Zeitungsstellen. Anzeigen bis nachmittags 9 Uhr werden, späterer nach vorheriger Vereinbarung. Druck: Kerschbaum, Bernauer 1047, Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 2 Mark

Freitag, den 7. Juli 1922

2. Jahrgang. Nr. 156

Es muß gehandelt werden!

Eine Antwort der Kommunisten an den ADGB.

Das Schreiben des ADGB.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat unter dem 4. Juli nachstehendes Schreiben an die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands gerichtet:

Werte Genossen!

In der gestrigen gemeinsamen Besprechung ist von Ihren Vertretern Koenen, Meyer und Klemme gemeldet worden, daß wir die Ihnen zur Beantwortung vorgelegte Frage hinsichtlich an Sie richten möchten. Diefen Wunsch erfüllen wir hiermit.

Wir hatten in der gestrigen Sitzung zum wiederholten Male be gründeten Anlaß, gegen die Kommunistische Partei den Vorwurf zu erheben, daß sie die getroffenen Vereinbarungen nicht halte. Es war abgemacht, und von allen Beteiligten namens der vertretenen Parteien teils, Gewerkschaften zugesichert worden, daß andere Forderungen als die am 27. Juni gemeinsam aufgestellten nicht propagiert werden sollten. Auch die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiterparteien sollte bis zur Durchführung der gemeinsamen Aktion zum Schutze der Republik eingestellt werden. Die gegenwärtige Regierung sollte in allen Maßnahmen zur Durchführung unserer Forderungen gemeinsam unterstützt werden.

In jeder der tagelangen Sitzungen, die seit dem 25. Juni stattfanden, mußte den Vertretern der Kommunistischen Partei der Vorhalt gemacht werden, daß sie gegen die Vereinbarungen verstoßen hätten. Besonders geschäht dies in der Sitzung vom 1. Juli wegen des Inhalts der „Roten Fahne“ von diesem Tage. Die Gewerkschaftsvertreter haben sich wie an dem Tage zuvor bemüht, die Gegenfälle zu überbrücken. Am gestrigen Tage aber waren auch die Gewerkschaftsvertreter genötigt, wegen des Inhaltes der beiden letzten durch Streikbrecher beschickten Nummern der „Roten Fahne“ vom Sonnabend abend und Sonntag morgen erste Schmäher zu führen und zu erklären, daß ein weiteres Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei den Gewerkschaften unmöglich sei, wenn sie andauernd aus der Reihe tanzen.

Der Bitte wegen verlangen wir es uns, die gestern in Sunabendbesprechung erörterten Behauptungen heute nochmals zu wiederholen. Wir stellen vielmehr hiermit die Frage:

Ist die Kommunistische Partei ernstlich gewillt, nur die am 27. Juni gemeinsam mit ihren Vertretern aufgestellten Forderungen zum Schutze der Republik zu vertreten, zu diesem Zwecke bis zur Erreichung des Zieles die Bekämpfung der beiden anderen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften einzustellen und die eingegangene Verpflichtung, alle Maßnahmen der Regierung zur Durchführung unserer Forderungen zu unterstützen, zu erfüllen, sowie keine anderen Forderungen und Kampfmethoden zu propagieren als diejenigen, die gemeinsam mit uns beschlossen worden sind und weiter gemeinsam beschließen werden?

In Erwartung Ihrer baldigsten Antwort zeichnen wir uns mit gewerkschaftlichem Gruß
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
H. Leiparth.

Die Antwort der SPD.

Komm. Partei Deutschlands. Berlin, den 6. Juli 1922.
Königsplatz Straße 38.
An den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, Engelstraße 24/25.

Werte Genossen!

Die Größe der Demonstration am gestrigen Tage in ganz Deutschland ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterkraft den Willen hat, die Durchführung der gemeinsamen Forderungen vom 27. Juni mit allen Mitteln zu erzwingen. Der Wille der Arbeiterkraft, diesmal wirklich ernst zu machen, zeigte sich auch darin, daß die Arbeitermassen eine Demonstrationssparole der Spitzenverbände befolgten, obgleich sie von vielen als ein ungenügendes Mittel empfunden wurde.

In meinen Schichten der arbeitenden Bevölkerung herrscht die berechtigste Sehnsucht, daß mit diesem Will der Demonstration der Kampf beendet sein wird, trotzdem die bisher angewandten Mittel keinen genügenden Druck auf das Bürgertum und auf die Regierung ausgeübt haben. Die Ausnahmeordnung des Reichspräsidenten ausübt nicht. Die Ausnahmeordnung des Reichspräsidenten ausübt nicht. Die Ausnahmeordnung des Reichspräsidenten ausübt nicht.

In Waiseheit ist bisher gegen die monarchistische Reaktion so gut wie nichts geschehen.

Nach den Ereignissen der letzten Tage haben auch wir die erste Sorge, daß auch diesmal wieder wie nach dem Kaputt-Gang, nach der Erzberger-Ermordung die monarchistische Reaktion nicht getroffen wird. Die beiden anderen Arbeiterparteien sind durch die Unterstützung der Sozialdemokratie so weit an die bürgerlichen Parteien und an eine rein parlamentarische Behandlung dieser Frage gebunden, daß sie auf eine Steigerung der Mobilisierung der Kräfte der deutschen Arbeiterklasse verzichten und ein gefährliches Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien vorziehen. Das Zurückweichen der zurechtbesessenen Linkskräfte der SPD, in der Kammer-

frage bildet dafür ein bezeichnendes Beispiel. Unsere Behauptungen werden noch verstärkt durch die Tatsache, daß trotz unserer schriftlichen Aufforderung und trotz unseres Drängens in den vorausgegangenen gemeinsamen Sitzungen des ADGB nicht für notwendig hielt, nach Bekanntwerden der Geheimsache sofort eine gemeinsame Sitzung der Spitzenorganisationen einzuberufen, um so im Reichstages das in dieser Aktion so notwendige gemeinsame Vorgehen der drei Arbeiterparteien sicherzustellen. Ihr wiederholtes Versprechen, sofort nach Ergehen der Geheimsache eine gemeinsame Beratung der Spitzenorganisationen darüber zu ermöglichen, haben Sie nicht eingehalten. Dadurch ist es leider so weit gekommen, daß nach den Besorgnissen im preussischen Landtag nunmehr auch im Reichstag der Vertreter der SPD im Widerpruch zu den Rednern der USPD und SPD und im Widerspruch zum Berliner Abkommen mit keiner Seite auf dieses Abkommen eingegangen ist und nur zwei der Mindestforderungen gegenüber der Geheimsache vertreten hat. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion handelte so, obwohl sich die SPD, in dem Berliner Abkommen schriftlich verpflichtet hat, die Durchführung dieses Abkommens mit allen Mitteln zu erzwingen.

Da bisher nichts geschehen ist, haben die Arbeiterorganisationen, einschließlich der SPD, und der Gewerkschaften, an vielen Orten zur Selbsthilfe gegriffen und Kontrollausschüsse eingesetzt. In anderen Bezirken haben sämtliche Arbeiterorganisationen die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen unter der Führung der Arbeiterregierung gefordert. In anderen wieder ist von allen proletarischen Organisationen gemeinsam ein Ultimatum an die Regierung unter Androhung des Generalstreiks bis zur Durchführung des Berliner Abkommens gestellt worden.

Wir halten es in der Tat für notwendig, jetzt den stärksten Druck auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien auszuüben, um die zur beabsichtigten Durchführung der aufgestellten Mindestforderungen zu zwingen. Wir schlagen deshalb vor, daß der ADGB, sofort, spätestens aber am 7. Juli, eine gemeinsame Sitzung der Spitzenverbände einberuft. In dieser Sitzung werden wir vorschlagen,

ultimatum von der Regierung die Erfüllung dieser Mindestforderungen bis zum 10. d. M. zu fordern. Für den Fall, daß die Regierung ablehnt, werden wir als nächsten Schritt den Austritt der SPD, aus der Regierung, die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen unter der Führung der Arbeiterregierung für die Durchführung des Berliner Abkommens vorschlagen, oder aber den von allen Körperparteien gemeinsam zu beschließenden Generalstreik der deutschen Arbeiterschaft bis zur Durchführung des Abkommens.

Wir glauben, daß diese Anregung der Erklärungen des ADGB entspricht, der ja selbst für den Fall der Nichtausführung des Berliner Abkommens die Anwendung ständischer Kampfmittel und Herausgabe entsprechender Karolen angeht hat.

Was im übrigen Ihr Schreiben vom 4. Juli betrifft, so haben wir folgendes zu erwidern:

Da Ihrem Briefe wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir gegen gemeinsame Abmachungen verstoßen hätten. Wir weisen diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. Sie selbst geben in Ihrem Schreiben nicht ein, sondern ein, welche weitergehenden Forderungen von uns propagiert sein sollten. Unsere gesamte Propaganda ist auf die Durchführung der gemeinsam aufgestellten Beschlüsse eingestellt.

Sie erklären weiter in Ihrem Schreiben, daß „die gegenseitige Bekämpfung der Arbeiterparteien bis zur Durchführung der gemeinsamen Aktion zum Schutze der Republik zurückgestellt werden sollte“. Wenn diese Formulierung auch nicht den Vereinbarungen entspricht, so würden wir es bezweifeln haben, wenn während dieser Kampagne kein Anlaß zur gegenseitigen Kritik gegeben worden wäre. Die Abmachungen wurden doch nicht um ihrer selbst willen, sondern zu dem Zweck getroffen, die aufgestellten Mindestforderungen gemeinsam durchzuführen. Sobald eine der beteiligten Parteien etwas unternimmt, was die Durchführung der Forderungen in Frage stellt oder schädigt, sind die anderen Körperparteien verpflichtet, im Interesse der Durchführung der gemeinsamen Aktion und ihres Erfolges dagegen Stellung zu nehmen.

Aus diesen Gründen haben wir es für unsere Pflicht gehalten, gegen die SPD, zu polemisieren, weil sie das Berliner Abkommen durch das Vorgehen der preussischen Landtagsorganisation in der Annahmefrage verletzt hat. Eine Kritik werden wir uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen, falls eine Verletzung des Berliner Abkommens durch andere Organisationen geschehen sollte.

Wenn Sie weiter darauf verweisen, daß die Regierung in allen Maßnahmen zur Durchführung unserer Forderungen unterstützt werden sollte, so entspricht das dem Abkommen vom 27. Juni. Wir stellen aber fest, daß die Regierung bisher keine Maßnahmen getroffen hat, die dem Berliner Abkommen entsprechen. Wir halten es für bringend notwendig, daß alle Unterzeichner des Berliner Abkommens zu den völlig ungenügenden Maßnahmen der Regierung kritisch Stellung nehmen und alle ihnen zur Verfügung stehenden

Druckmittel anwenden, um die Regierung zur Erfüllung dieses Abkommens zu zwingen.

Im übrigen weisen wir darauf hin, daß auch die anderen Arbeiterorganisationen in offiziellen Äußerungen zur Situation Stellung genommen haben. Ebenso haben die Presseorgane der beiden Parteien wiederholt sehr weitgehende Forderungen propagandistisch vertreten (z. B. die Magdeburger „Volksstimme“ nach vorgerückter Auflösung des Reichstages und Neuwahlen selbst bei Annahme des Gesetzes über den Schutz der Republik). Wenn Sie es für gut halten, legen wir ein reichhaltiges Material darüber vor, daß die Presse der anderen Arbeiterparteien, auch deren Zentralorgane, dieselben andere und weiter gehende Forderungen vertreten haben. Auch die Forderung des Generalstreiks ist in der Presse und noch häufiger in den Schichten der anderen Arbeiterorganisationen aufgestellt worden. Wir sehen darin keine Verletzung des Abkommens und stellen das nur als eine begriffliche Erklärung ausdrücklich fest. Fortgesetzt werden außerdem in Berlin wie in der Provinzprelle Angriffe, unwahre Behauptungen und kritische Bemerkungen gegen unsere Partei gerichtet. Wir beschwerten uns darüber nicht, sondern weisen nur den Vorwurf zurück, daß wir zu dem Verhalten der anderen Arbeiterorganisationen kritisch Stellung genommen hätten.

Auf Ihre Anfragen antworten wir Ihnen folgendes:

Die Kommunistische Partei wird selbstverständlich in der letzten Aktion nur die gemeinsam aufgestellten Forderungen vertreten. Sie ist aber ernstlich gewillt, sich überall für ihre wirkliche Durchführung einzusetzen. Ein Kampf gegen die beiden anderen Arbeiterorganisationen und die Gewerkschaften wird von der Kommunistischen Partei in dieser Kampagne nicht geführt werden, soweit nicht die übrigen Organisationen gegen die aufgestellten Forderungen verstoßen, es an der nötigen Zurückhalt bei der Durchführung lassen lassen oder uns auszufallen verlassen. Alle Maßnahmen, die die Regierung zur völligen Durchführung der gemeinsamen Forderungen ergreift, werden wir selbstverständlich unterstützen. Ungenügende Maßnahmen der Regierung werden wir kritisieren und falsche aber gar indirekt gegen die Arbeiterkräfte, insbesondere gegen die Kommunisten, gerichtete Maßnahmen mit aller Schärfe bekämpfen.

Wir haben bisher von der Propaganda von besonderen Kampfmethoden in der Öffentlichkeit Abstand genommen. Leider sind unsere wiederholten Anregungen zur Verwendung überlebensdringender Druckmittel in den gemeinsamen Besprechungen gar nicht diskutiert worden. Wir fordern deshalb erneut bringen eine schriftliche Unterstützung der Maßnahmen zur Durchführung des Berliner Abkommens. Sowie eine Verständigung über diese Maßnahmen bzw. Kampfmethoden erfolgt ist, werden wir uns selbstverständlich an die Beschlüsse halten.

Wir dürfen wohl erwarten, daß Sie den Brief umgehend beantworten, die von uns gewünschte Stellung einnehmen und daß wir spätestens bis Freitag mittag im Briefkasten ADGB find.

Mit proletarischem Gruß
Zentrale der SPD.
Klemme, Koenen.

PS. Abschriften dieses Schreibens geben gleichzeitig an die USPD, SPD, und USPD.

Die Stunde fordert Kampf!

Das Parlament bringt keine Lösung

Berlin, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der Verschärfung der parlamentarischen Situation geht auch der Krieg der Parteien von neuem los. Die Demokraten haben Angst vor den Unabhängigen bekommen und anstatt die Koalition nach links zu erweitern, verhandeln sie seit einigen Tagen mit der Deutschen Volkspartei und den bürgerlichen Radikalen. Der Einfluß der SPD ist nunmehr fast ganz verloren, der keine politische Kraft mehr besitzt überleben hat. So werden die Unabhängigen als abgeworfene Freier vor der SPD. Darum also wurde die Massenbewegung der Arbeiter abgeworfen! Noch nicht einmal die Jogen. Mehrheit der Linken kann von diesen parlamentarischen Vertretern der Arbeiterschaft erzwingen werden! Die Situation ist verwerflicher denn je. Es heißt jetzt nur noch die sofortige Auflösung des Parlaments und Neuwahl unter Kampfpapote übrig.

Proletarische Ordnung in Zwickau

Zwickau, 7. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiterschaft behauptet das Kampffeld. Die auswärtige Schupo steht ab. Es wird eine Arbeiterwehrmannschaft gebildet.

Die am Mittwochabend abgehaltene Volksversammlung der Arbeiterschaft hat den Verhandlungsergebnissen zugestimmt. Dem Aktionsausschuß einmütig ihr Vertrauen ausgesprochen und beschlossen, daß am Donnerstagmorgen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Der Arbeiterwehrmannschaft gelang es, ohne weiteres Blutvergießen die Ruhe wieder herzustellen.

Sollten die Maßnahmen des Aktionsausschusses und die Arbeiterwehr in Zwickau von Erfolg sein, so müssen die bürgerlichen Arbeiter unsere bürgerlichen Genossen warnen, daß sie sofort, und allerorts in

Sturm in den Parlamenten

Arbeitervertreter jagen Reichstag und Landtag auseinander

Sachliche Aktionsausschüsse und Arbeiterverbände mit denselben Befugnissen geschaffen. Diese schärfste Regierender, die Regierungen, die jagenden Schritten gegen die Reaktion weitere folgen lassen, so muß sie sich auf die bewaffnete und organisierte Kraft der Arbeiterkraft stützen.

Wo sind die Mörder Rathenaus?

Als einer der Mörder Rathenaus, Lehm, aus eine Anzahl Mitarbeiter kaum eine Woche nach dem Attentat festgenommen wurden, da konnte sich die republikanische Presse nicht genug tun im Lobe der Polizei und speziell der Abteilung 1a, die sich rühmlich und erfolgreich im Dienste der Republik gegen die monarchistischen Mörder zeigte. Seitdem ist wieder eine Woche verstrichen und nicht nur das Lob der Presse, sondern auch der Hochachtung der Abteilung 1a über die Erfolge ihrer Nachforschungen sind verkommen. Trotzdem verfiert wurde, daß auch die beiden anderen Mörder wieder Fälle nach die nötigen Mittel hatten, um ins Ausland zu reisen, sind sie nicht aufgefunden. Lediglich ist verhaftet worden, weil ihr kein eigener Anteil der Polizei ausgemittelt hat. Von dem in Düsseldorf verhafteten Ingenieur Kauerz wird ausdrücklich erklärt, daß er nicht mit dem Mörder Kera identisch ist, sondern nur der Verdacht der Begünstigung gegen ihn besteht. Der Organisation C dagegen ist es gelungen, einen neuen Morbantrag zu verlesen und auch die Verantwortlichkeit der Partei nicht nicht gelassen.

Es ist Zeit, daß die Arbeiterklasse den bestmöglichen Untersuchungen der Abteilung 1a ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Es handelt sich dabei weniger um die Verurteilung der Mörder, als um die Personen, die die Morbanträge ausführen. Offenbar haben dort Morbanträge, die den Fortgang der Untersuchung behindern, während sie gegen Arbeiter immer sehr schnell bei der Hand sind. Die Sicherung der Abteilung 1a von den verantwortlichen Beamten ist die erste Voraussetzung für eine Festnahme der entlassenen Mörder.

Der Dollar 465 — die neue Teuerungswelle

Der Dollar ist nicht auf seinem hohen Stand stehen geblieben, sondern im Laufe des heutigen Tages von 430 auf 465 Wert gestiegen. Die Entwertung der Mark geht nun immer weiter. Auch wenn nicht annehmen ist, daß die heutige Dollarkrise auf die Dauer bestehen bleiben wird, so ist ein hoher Dollarkurs in der nächsten Zeit gewiß. Wird Deutschland nicht sehr bald eine Auslandsanleihe gewährt, dann wird die deutsche Regierung, die große Koalition von Stresemann bis Crippin, eine Zahlungsanleihe bei den Auftraggebern des Herrn Stresemann, bei der Schweizer Industrie, aufnehmen müssen. Die Verschärfung der Reichsbetriebe, die Sinnerziehung der Reichseisenbahnen ist Voraussetzung zu dieser Anleihe.

Die Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände beginnt sich zu zeigen. Der Weizenpreis betrug am 1. Juni 3000 Mark, der Schrotpreis betrug am 1. Juli 3.900 Mark, Ende Mai 1922 5000 Mark, am 3. Juli 6000 Mark, am 3. Juli 6400 Mark. Die Stacheln- und Eisenfabrikate sind in den letzten Tagen durch die Koblenzpreisänderung weiter gestiegen. Der Preis des Stachels ist der 11fache des Vorjahrespreises, ähnlich verhalten sich Koblenzpreise. Der Preis für Kohle ist um das 100fache gestiegen.

Diese neue Teuerungswelle macht alle Rohverhältnisse der letzten Zeit unmöglich. Neue Kämpfe der Arbeiterfront um ihre Lebenshaltung und gegen die weitere Verelendung stehen bevor und können freigeht nur durch Geschlossenheit und Entschlossenheit beendet werden.

Der Eintritt der USPD. in die Regierung

Die Reichsminister der USPD. hat am Sonntag beschlossen, daß die USPD. in die Koalitionsregierung eintreten soll. Dieser Beschluß, der den endgültigen Bruch der USPD. mit dem Weizsäcker Aktionsprogramm bringt, und der wesentlich in seiner ferneren Ausdehnung der Koalition der Arbeiterfront bedeutet, wird in der Arbeiterfront, die bisher hinter der USPD. stand, den stärksten Widerspruch hervorgerufen. Im Rheinland ist dieser Widerstand bereits zum Ausdruck gekommen. Eine Düsseldorf-Fraktion hat die Koalition ablehnt, am 28. Juni jetzt einmütig folgenden Beschluß:

Die Fraktionsernennung hält nach wie vor an der Stellungnahme des 18. April in Bezug auf die Koalitionsernennung fest. Die Verarmung kann auch aus den Vorkäufen der letzten Tage keine Notwendigkeit einer Veränderung dieser Stellungnahme erkennen. Sie fordert die Zentralleitung der Partei auf, in dieser Zeit der politischen Krise die Interessen der Arbeiterfront an der Reichsregierung möglichst festzuhalten.

Das Organ der Düsseldorf USPD., die „Volkzeitung“, äußerte sich scharf und klar gegen die Koalitionspolitik. Das Blatt schrieb:

„Die Forderungen zur Sicherung der Republik können nur gegen die kapitalistische Klasse durchgesetzt werden durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte. Darum kann es in diesem Augenblicke nicht darum gehen, die USPD. an der Koalitionsregierung, sondern es muß für die SPD. jetzt heißen: „Hin aus der Koalition!“

Das Blatt führt dann weiter aus, daß, wenn eine bürgerliche Regierung die Forderungen der Arbeiter jetzt nicht durchzuführen will, die proletarischen Organisationen, die die Forderungen unterstützen, eine Arbeiterregierung bilden müssen. Die Massen vorantreiben jetzt Entscheidungen. Man könne sie nicht nur anstehen zu Demonstrationen, wenn die Republik in Gefahr ist, um dann hinterher mit einem Anbandel an einige Regierungspolitiker die Aktion zu beenden. Wir stimmen mit dieser Kampferklärung der Politik, die jetzt von der SPD. und USPD. betrieben wird, vollkommen überein.

Wie bereits gemeldet wird, äußert sich auch in Sachsen heftiger Widerspruch der unabhängigen Mitgliedschaften gegen den vorläufigen Beschluß der USPD.-Fraktion. Die SPD.-Presse allerdings ist über den Beschluß begeistert. Die „Chemnitzer Volkstimme“, das auf dem sogenannten linken Flügel der SPD. stehende Organ, sieht sich am Ziel ihrer Wünsche, wobei sie zwar die immer weiter verschärfte Lage des Proletariats bedauert, aber von den Ministern Selbstergeben oder Breitscheit das Heil erwartet. Die „Volkstimme“ rechnet es den Unabhängigen als Parteipolitische Eingebung an, keine Bedingungen für die Teilnahme in die Koalitionsregierung gestellt zu haben. Darin sieht sie eine Entwürdigung der Partei und Störung ihrer Kreditfähigkeit heraus und schreibt: „Zu neuen Ufern löst ein neuer Tag.“ Nicht anders schreibt die „Weizsäcker-Volkzeitung“, die sich bereits vollkommen als Organ der SPD. fühlt.

Die unabhängigen Arbeiter werden die Politik ihrer Führer nicht mitmachen. Nicht Koalitionsregierung mit dem Bürgertum, sondern Arbeiterregierung gegen Reaktion und Bürgertum wird die Lösung sein, der sie zusammen mit den kommunistischen Arbeitern und auch mit den Arbeitern der USPD., die jetzt zur Erkenntnis kommen, folgen werden. Diese Lösung wird bestehen bleiben, auch wenn die USPD. an ihre als Partei scheitert.

Flucht der Arbeiter aus der USPD.

Die Antwort auf die Koalition

In Reueck, Thür. sind aus der dortigen Ortsgruppe 80 Arbeiter geschlossen zur kommunistischen Partei übergetreten.

Die politische Lage hat sich am gestrigen Tage erneut verschärft. Die Reaktion hat sich von dem Schlege, den sie durch die Ernennung Rathenaus mit der Einigung des Abwehrkampfes erlitten hat, schnell wieder erholt. Viel schneller noch als nach dem Erbezug der Arbeiter vor. Gestern wurde sowohl der Preussische Landtag als auch der Deutsche Reichstag von Vertretern der Arbeiterklasse auseinandergejagt. Im Reichstag provozierte der deutschnationale Reichstagspräsident Henkel und magte zu behaupten, die Arbeiterklasse hätte 1918 das siegreiche Heer von hinten erdolcht. Damit war die Sitzung geschlossen. Die weißlichen Vertreter der Arbeiterparteien waren es, die den Salanten von der Tribüne verjagten.

Im Preussischen Landtag war es der völkerrhetorische Deutschnationale Herrmann, der das Maß zum Überlaufen brachte. Dieser Mordbube hat bekanntlich die Mörder des schaffischen Kommunisten Melesberg mit Geld unterstützt und ist neuerdings als Geheimbündlerführer entlarvt. Der freie Völkerrhetor hat nur zu dem Rednerpult herantreten. Der letzte Obermeister der Schornsteinfegerinnung stieg ihm nach.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung vom 6. Juli 1922 stehen die Interpellation der USPD. über das Fortbestehen des Schiffschutes, die unabhängigen Interpellationen begründet Dr. Moses: Die Gegenentwurf hat das moral- und attentatspolitische Defizit vor einige Jahre herangezogen. Deutschnationale Kreise stellen den Mordern Geld, Waffen, Autos und Auslandspässe zur Verfügung. Öffentlich mimen sie Abscheu vor den Mördern, im geheimen lächeln sie sich verächtlich an. Die Reichspresse verherbt sich über politische Mordtaten. Subversive ist eine ihrer Hauptaufgaben. Professor Staube und Student Vertimpel sind die Namen der heutigen nationalen Deutschnationalen in der Hofschul. Bayern ist der Hort der Gegenentwurf. Worte haben wir genug gehört, wir wollen jetzt endlich Taten sehen. Die Regimentsmänner sind Kontrollkommissionen der Gegenentwurf. Das Proletariat hat jetzt auf dem Wege der Einigung, ist, wird geschlossen und entschlossen hienan entgegenzutreten, die sich leinm Aufstieg in der Welt stellen. Gelingt es nicht, auf gleichmäßigem Wege dem Mordeplan Einhalt zu gebieten, dann haben wir den offenen Bürgerkrieg, dann wird das Proletariat handeln nach dem Grundsatz: Auge um Auge, Zahn um Zahn!

Die sozialdemokratische Interpellation begründet Vogel (Frankfurt). Die Vernehmung des Reichspräsidenten genügt nicht, es müßte ein hartes Gesetz gegen die monarchistische Reaktion gemacht werden. Ein hartes Gesetz macht das Volksteilnehmen zur Pflicht, vor Volkung von Haftbefehlen usw. dem Ministerium des Innern die betreffenden Akten vorzulegen und weitere Weisungen abzuwarten. Das ist also eine offene Begünstigung von Mordern usw., um ihnen Zeit zum Fliehen zu geben. Dann fragt er des langen über die endlosen Regimentsmänner im ganzen Reich, besonders in Bayern, und macht den Reichswehrminister für die antiproletarischen Prozeduren verantwortlich. Seine lange Rede von Belohnungen können nur Heiterkeit erwecken, zumal keine Partei selbst Regierungspartei ist und, wenn sie wollte, den Dingen innerhalb des Kabinetts entgegenzutreten könnte. So verhält sich der wackeren SPD.-Mann nur um Ausprechen der Erwartung, daß der Reichswehrminister jede öffentliche und außeröffentliche Teilnahme der Reichswehr an Revolutionen und züchtigen Kämpfen gegen alle Verträge verhindern solle. „Es das nicht den Zweck der Belohnung verlangen? Er schlägt mit der furchtbaren Drohung an die Reaktion: Wollen Sie ein Landgen wagen, wir spielen auf!“

Der Reichsjustizminister Wobrunn beantwortet die ihn betreffenden Interpellationen. Die Schadenersatzurteilungen betreffen los. Wobrunnprose wegen Verhängung von Waffen durch Aktionsausschüsse anlässlich des Kampfes. Der zweite Zivilinstanz des Oberlandesgerichts Riel wird in dieser Frage eine vorläufige Entscheidung gefällt, auch ver-

füllungsgerech Personen wegen Waffenbesitznahme nicht jähren erschlüssig liegen. Von dem Fall in Bayern über die Verlegung von Gerichtsorten beim bayerischen Innenministerium habe er keine Kenntnis. Bei ein solcher Erlass ergangen, so lände er im trafen Gegenstand vom Gesetz. Er beantragt die Schlußfolgerungen seines Parteigenossen Vogel in dieser Frage (1), die nicht geeignet seien, zu einer glatten Klärung der Angelegenheit beizutragen. — Wo der tapfere Herr Wobrunn nicht vor dem bayerischen Reichstag schon im voraus tapfer jurist!

Major Seifrieder verliest im Auftrage des Reichswehrministers Gehier eine Erklärung, worin er das Verhalten der Reichswehr in Königsberg verteidigt. Die Truppe habe nur in Rotwehr gehandelt. (!) Das Verhalten über die Teilnahme bei Regimentsfeiern sei durch eine Verordnung geregelt. Auch der schaffische USPD.-Minister Lipinsky habe im dortigen Landtag ausgeführt, er habe über die Regimentsfeiern bisher nichts unglückliches gehört.

Gesetz läßt anknüpfen, daß, wenn er gegen Regimentsfeiern vorgehen solle, er auch gegen die „Kote Sabine“ und den Comptoren vorgehen müsse.

Im übrigen unterliege die Frage eines Verbots der Beteiligung der Reichswehr an Regimentsfeiern zurzeit der Prüfung des Gesamtabministers.

Der Innenminister Dr. Käfer teilt mit, welche Organisationen bereits seit November vorigen Jahres aufgelöst worden seien. In Bayern habe sich das Freikorps Oberland unter dem Namen Bund Oberland wieder aufgelöst. Es schweben zurzeit Verhandlungen zwischen den Behörden, ob dieser Bund aufgelöst sei. Der Staatsanwalt in München glaubt nicht gegen den Bund vorgehen zu können. Zur Auflösung des Stahlhelmbundes liegt bisher noch nicht genügend Material (1) vor.

In der Besprechung der Interpellationen spricht zunächst der Reichspräsident Genow. Mit seinem kühnem Vortragsunterstützen, von Feldmarschall Hindenburg und seiner offenkundigen Hilfe, die rein menschlich und vaterländisch aufzufassen sei. Bei dieser Gelegenheit fangen eine Anzahl Oppositionellen an der Tribüne an zu lästern. Darauf entsetzt im Hause ein ungeheurer Skandal. Die Völkerrhetoren fordern die Entlassung der Mordhelfer. Schließlich werden die von einigen Ministern aus dem Saal hinausgeführt.

Deutschnationale provozieren.

Hierauf sprach der Deutschnationale ostpreussische Heppfaste mit einem sehrhaften Seitenblick. Henkel, der von Anfang an provozierte, er bezeichnete die Interpellationen als ein Trommelfeigen gegen die Reichspartei, behauptete, keine Partei habe die politischen Attentäter immer abgeschafft, wo hingegen die Sozialdemokratie das Attentat Friedrich Wobrunn gefeiert habe. Das war zuviel für die guten Sozialdemokraten. Sie tobten wie bestien. Als Henkel später Hindenburg feierte und behauptete, das deutsche Volk wäre nicht unterlegen, wenn die Sozialdemokratie nicht die Verantwortung in dem Mord an dem Reichspräsidenten der linken ein furchtbarer Böse. Zahlreiche Abgeordnete drängten auf Rednertribüne vor und hinderten den Abgeordneten Henkel am Weiterreden, besonders die Frauen der SPD. und USPD. waren ganz rabiat geworden. Sie erklärten, den deutschnationalen Kräfte nicht mehr werden lassen zu wollen und hätten auf den Redner zu. Der Präsident bemerkte die Kräfte nicht mehr die Verantwortung und vertagte die Sitzung um eine Viertelstunde. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Präsident, daß das Schicksal eine freundschaftliche Erklärung abgegeben hätte, er aber tatsächlich die Sozialdemokratische Partei aus dem Saal entfernt hätte. Als Henkel nun seine Rede fortsetzen wollte, feste erneut ein furchtbarer Tumult ein. Wiederum drangen die Abgeordneten, vor allem die Frauen, gegen den Heppfaste vor. Der Präsident stand längere Zeit hilflos an seinem Platz. Da er dem Redner kein Gehör mehr ausgeben konnte, verließ er seinen Sitz, wodurch die Sitzung erneut aufgehoben war. Dem Reichspräsidenten wurde die Meinung Schick wurde von seinem weidlichen Kollegen derb die Meinung gesagt.

Die nächste Sitzung soll, privaten Mitteilungen zufolge, am Freitagmorgen 14 Uhr stattfinden. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte. Für die kommunistische Fraktion wird Genow's Trölich sprechen.

Bayerische Wirtschaft

Wir geben aus einer Reihe des Genossen Graf im Bayerischen Landtag folgenden Auszug wieder:

„Wer war es denn, der hochherrschaft über diese Geheimorganisation C sich gebürdet hat? Das war der Vertreter der bayerischen Staatsregierung Dr. Schmeper, das war der Vertreter der Bayerischen Volkspartei Ministerer, das war der Abgeordnete Feld.“

Als damals im Fall Dohner-Bräuer die Unternehmung gegen die Demagogik C gefehlt wurde, da war es die bayerische Regierung, da waren es die bayerischen Staatsminister, die ein Resultat verhinderten. Sie meine Herren (nach rechts), hintertrieben, daß man sich damals mit der Person seines Leutnants Schweitzer im Unternehmungsausschuss näher befasste; Sie wollten sich flüchtend vor den Polizeipräsidenten Wöhner; Schweitzer entkam. Und trotzdem Schweitzer schon vor Monaten von der allernachlässigsten Regierung an die bayerische ausgeliefert worden ist mit dem Hinweis, er sei hienach des Landes an Garcia verhaftig, trotzdem ich weißt die bayerische Regierung über diesen Fall.

Wie kommt zweitens der bayerische Staatsminister Schmeper dazu, im Falle der Munitionsschließungen Pöhners im Staatsbanshahat bemüht unnahe Angaben zu machen! Als der damalige Polizeipräsident Wöhner den Direktor der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Regensburg an den 10. Juni 1922 in München in die Unternehmung nach Ungarn veranlassen wollte, als die Mitteilung dieser Tatsache der bayerischen Staatsregierung bekannt gegeben wurde, da erklärte die natürlich, nichts davon zu wissen. Erst nach Monaten äußerte dann der bayerische Staatsminister Dr. Schmeper im Staatsbanshahat, Direktor Engleder sei nur vernommen worden. Dagegen haben wir Engleders Aussage, daß er einer Vernehmung seines Vorgesetzten in München konnte sich dieser Tage noch die Zeitschrift „Mittler“ der Organisation C die höchste Bemerkung erlauben, Erbezeuger sei nur vor dem Tode durch Verpöschung demagt worden, und klipp und klar konnte sie die Beziehung des politischen Mordes ansprechen.

Die Münchener Polizeidirektion hätte sich nicht bemüht, hiengegen einzuschreiten. Hätte jemand von uns gewagt, nur anknüpfend dieses bezugs an zu legen, dann wäre er unter fünf Jahren Zuchthaus nicht davonkommen.

Die bayerische Regierung hat sich jedoch nicht allein in der, sondern auch materiell verunehrt dadurch, daß sie bemüht Duhende von Geheimorganisationen aufbaut und unterstützt. So steht im engsten Zusammenhang mit der Organisation C vor allem jene des Herrn Pittinger in Regensburg. Die Organisation Wittlinger aus Regensburg, die sich an dem 10. Juni 1922 aufgelöst hat, wurde durch den Reichspräsidenten, Stabschef III Oberstleutnant Schmidt, der Chef von Oberbayern Freisier von Stetten, der Chef von

Freiburgener der aktive Reichswehrmajor Hoffmann, der Chef von Oberfranken Oberstleutnant von Gögern.

In enger Beziehung zu diesen Organisationen steht Kapaprecht von Wittelsbach. Sein Mittelsmann ist Leutnant Kreuzer; das ist derselbe, der damals im Falle Dohner-Garcia-Bräuer „zufälligerweise“ jenes Auto geleitet hat, in dem das Attentat auf Dohner gemacht wurde. Herr Kapaprecht gehen in diesen Organisationen ein und aus. Sie betreiben sich an deren Sängern und treffen in Streitfällen die Entscheidung. Höhere Daten werde ich dem Staatsgerichtshof zur Verfügung stellen.

Wir fordern die sofortige Amtsenthebung des Herrn von Käse und des Herrn Wöhner, und wir verlangen ihre Stellung vor den Staatsgerichtshof wegen Hochverrats. Wir fordern ein sofortiges Unternehmungsausschusses des Staatsgerichtshofes gegen Rupprecht von Wittelsbach und Generalmajor von Epp.

Wir fordern die Freilassung unserer Gefangenen und die Aufhebung der bestehenden Geheimorganisationen durch die Reichsregierung, da Mitglieder der bayerischen Regierung selbst Mitglieder der aufstehenden Geheimorganisationen sind.

Wir fordern die Entlassung der diesen Verbänden nahe stehenden Richter und der ihnen angehörenden Beamten und Offiziere.

Rabes Aufbruch zur Aufrichtung der Monarchie

Die bayerische Regierung stellt sich hinter ihn

Der bayerische Landtag beschloß sich mit einer unabhängigen Interpellation wegen einer kürzlich vom Regierungspräsidenten von Oberbayern von Raber gehaltenen Rede, in der an der Öffentlichkeit die bayerische Regierung die Monarchie aufgeboren wurde.

Der Innenminister Dr. Schmeper gab eine Erklärung ab, die besagt, daß die Verarmung, in der Raber gesprochen hat, eine geschlossene Verarmung der Beamtenverarmung und der Studentenverarmung der Bayerischen Volkspartei gewesen sei. Es habe jedem Deutschen das Recht auf freie Meinungsäußerung zu, und auch jeder republikanische Beamte brauche aus seiner monarchistischen Meinung kein Hehl zu machen, sofern er sonst nicht seine Dienstpflicht vernachlässige. Raber habe die ihm mit seiner Beamtenpflicht und mit seiner Stellung als Regierungspräsidenten gestellten Schranken, als sie überschritten. Es behalte daher die bayerische Regierung die Verantwortung wegen seiner Äußerungen zur Verantwortung zu stehen.

Unser

großer Saison-

Ausverkauf

zeichnet sich aus durch

allerbilligste Preise!

Wir bringen heute Sensations-Angebote aus unseren großen Spezial-Abteilungen.

1 Kasten Leber-Sport-Gürtel für Herren, in allen Weiten 58⁰⁰	1 Kasten Seiden-Bourette Trottel-Strick in Blau, cerise, giftgrün, lade, lombi, traube, orange taupe, marine u. beige ca. 110 Breit, Str. 98⁰⁰	1 Kasten Reise-Mützen Schwarz-weiß kariert Stülch 36⁵⁰	1 Kasten Unterhosen a. gutem Stoff, hell, farbig, gestreift, Stülch 39⁵⁰	1 Kasten Koll-Boile-Kleider prima Stoffe, hell, farbig, gestreift, Stülch 495⁰⁰	2 Kasten Sichus m. Spitzen garnierung 22⁰⁰
1 Kasten Dam.-Strümpfe englisch kar., schwarz, leber, weiß 36⁷⁵	1 Kasten Cheviot n. marine u. schwarz, reine Wolle, Str. 125⁰⁰	1 Kasten Kernleinen 65% 2 1/2 Stund-Menge 46⁰⁰	1 Kasten Einmaße-Töpfe in vielen Größen 18,50 9⁵⁰	1 Kasten Damen-Hüte teilweise schon garniert zum Ausstechen Stülch 19⁷⁵	1 Kasten Kindersstiefel ganz Segeltuch, leste Lederböhle 85⁰⁰

1 großer Kasten
für Mantel u.
Portieren usw.
in rot, grün,
blau und blau,
lila, ca. 130 cm
breit
Meter
Verkauf im
H. Stodt.
235⁰⁰

Fernspr. 6378.

LEOPOLD NUSSBAUM

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

Fernspr. 6378.

2797

Operetten-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr 2. letzten Male:
Die Schöne vom Strande.
Gonnabend, Erstausführung!
Rühme's bestes Werk!
Der Vielgeliebte.
Operette in 3 Akten von Rühme.
Abends 7 1/2 Uhr in ununterbrochener Folge!

Achtung! Achtung!
Arbeitersportler!
Sport-Club 1909
Sonntag, den 9. Juli 1922,
von nachmittags 3 Uhr an:
Gr. Sommerfest
verbunden mit
Blumenverloftung, Preisrübchen,
Kinderbelustigungen,
Mehrsprachige Aufführungen, Vorkampf,
2500 Der Vorstand.

Ring-Theater Delitzsch.
Freitag bis Montag:
Die härteste Frau der Welt.
Dienstag bis Donnerstag:
Der Mann mit drei Frauen.
Freitag, den 14. bis Montag, den 17. Juli:
Der Herr der Welt, Raubtierfilm
und **Die weiße Glavin, 4 Teil.**

Decken Sie sofort Ihren Bedarf!
Denn trotz der alten Bekanntheit bleiben die Preise
höchstens. Solange der Vorrat reicht, bestaune ich
fernverkauft, pa. Qual., von 200.- bis 400.- schwarz,
625-750, braun,
Damenstrümpfe mit u. ohne F., 300-325, schwarz,
Strümpfe und Schürzen,
von 200.- bis 300.-, braun,
Damenstrümpfe mit u. ohne F., 450-500, schwarz,
600 an, braun,
Stadlerstrümpfe, schwarz u. braun, u. 200.- bis 250.-
Sonnbl. von 200.- bis 300.-

Schuhbörse,
Große Brauhausstraße Nr. 10.

Zum Lode verurteilt find
in 1. Std. unter Garantie
Hose, Strick, 1. Weich u. Tier
u. Kleider, gel. gest. Strick
500 Pf., wo nicht hilft, Best. Schürze Steinnagel 10

Werbt für die
Produktiv-Genossenschaft.

R.P.D.
Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau: Verdenstraße 14, Fernspr. 1479. Ge-
schäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 6 bis 7 Uhr. Son-
abends nachmittags geschlossen.
Ortsleitung: Montag, 11. Juli, abds. 7 Uhr,
im Bureau: Sitzung.
Erweiterte Funktionäre. Donnerstag, 14. Juli,
abends 9 Uhr, Sitzung im Arbeiterbildungs-
haus des Sports. Referent: Genosse Raab
(Berlin). Alle Referententexte für kommunale
Angelegenheiten, sowie alle Stadtratsordnen
müssen erscheinen.
Fraktion der Eisenbahner. Die Sitzung findet
umhineüber nicht am Freitag, sondern am
Sonntag statt.
Die Elternrats-Verammlung heute, Freit-
tag, 11. Juli.

1., 2. und 4. Dittsch. Sonntag, den 9. Juli,
Kastel nach Dautz. Abmarsch früh 7 Uhr
vom Bollwerk.
Dittsch 3. Dautz, Freitag, abends 8 Uhr, in
der Goldenen Seite: Disziplinabend.
Dittsch 7a. Sonntag, 9. Juli, vorm. 10 Uhr:
Dittschversammlung.
Dittsch 8. Juli, zur Agitationsarbeit nach
Kathmannsdorf. Alle Genossen mit Frau
und Kinder treffen sich pünktlich Sonntag vor-
mittags 9 Uhr an der Liebenauer Schule zum
Abmarsch. Genossen außer Dittsch können
sich angeschlossen.
Dittsch 11. Sonntag, den 9. Juli, abends
8 Uhr, außerordentliche Mitgliederversamm-
lung. Neuwahl der Dittschleitung.
Dittsch 12. Sonntag, 9. Juli, abds. 8 Uhr,
bei Hofe: Funktionärsabend.

Halle-Saalzeits.
Sittin. Sonntag, den 9. Juli, abends 8 Uhr,
bei Kamp: Mitgliederversammlung. Fern-
sprecher müssen pünktlich erscheinen.
Kreis Delitzsch:
Groß-Croitz. Sonntag, den 9. Juli, abends
8 Uhr, im Gaihof Groß-Croitz: Definitive
Versammlung.
Kreis Leiza.
Schidau. Sonntag, den 9. Juli, nachmittags
2 Uhr: Parteitag. Referent: Genosse Holz-
weiß (Leiza).
Dommitzsch. Sonntag, den 9. Juli, nachmittags
2 Uhr: Gemeindefest.

Kreis Liebenwerda.
Jallenberg. Sonntag, 8. Juli, abds. 8 Uhr,
im Gaihof „Zum goldenen Adler“: Aus-
serordentliche Mitgliederversammlung.

Mansfelder Getreie.
Eisleben. Sonntag, 8. Juli, im „Volkshaus“:
Funktionärsversammlung.
Eisleben. Sonntag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im
„Volkshaus“: Mitgliederversammlung.
Alberstedt u. Hornburg. Sonntag, 8. Juli,
abends 7 1/2 Uhr, im Gaihof zu Alberstedt:
Definitive Mitgliederversammlung. Thema:
„Die Gefahr der Stunde“. Referent: Genosse
Lobmann.
Wellerode. Sonntag, 9. Juli, abds. 7 1/2 Uhr,
im Gaihof „Der Linde“: Definitive Ver-
sammlung. Thema: „Die Gefahr der Stunde“.
Referent: Genosse Lobmann.
Belleben. Sonntag, den 8. Juli, abends
8 1/2 Uhr, bei Müller: Mitgliederversamm-
lung. Erscheinung händiger Mitglieder ist
pflicht.
Stedden. Sonntag, den 9. Juli, nachmittags
2 Uhr: Ge. öffentliche Versammlung. Ref.:
Gen. Bühler (Halle).
Kreis Weißenfels.
Sella. Sonntag, 8. Juli, abends 8 Uhr
im Kolonnenhaus: Mitgliederversamm-
lung. Referent: Genosse Hecht.
Kreis Querfurt.
Mentzen. Sonntag, 8. Juli, abds. 8 Uhr,
im Hühnerhof Gaihof: Definitive Ver-
sammlung. Referent: Gen. Bühler (Merseburg).
Neusa. Sonntag, den 8. Juli, abends 8 Uhr,
im „Schützenhaus“: Mitgliederversamm-
lung. Wichtige Tagesordnung. (Berichte vom Be-
zirksparteitag und Kreisparteitag voranzuschicken).
Mücheln. Sonntag, den 8. Juli, abends 8 Uhr,
Mitgliederversammlung.

Kreis Zeitz.
Sonnab. Sonntag, den 8. Juli, abends
8 1/2 Uhr, im Gaihof: Mitgliederversamm-
lung. Jahresliches Erscheinen erwünscht.
Kreis Sangerhausen.
Mertens. Sonntag, den 8. Juli, abends
8 1/2 Uhr, im Gaihof „Goethehaus“: Mit-
gliederversammlung.
Mücheln. Sonntag, den 9. Juli, nachmittags
4 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent
zur Stelle.
Kreis Schöneberg.
Sachsenberg. Die für heute, Freitag, ange-
setzte öffentliche Versammlung findet nicht statt.
Die Mitgliederversammlung ist auf Freitag,
den 14. Juli verschoben worden.

Alle Ortsgruppen der K.P.D.
die Veranaltungen vornehmen
und hierzu Druckfachen benötigen,
sind verpflichtet, diese in unserer
Druckerei herzustellen zu lassen.

Stadtheater
Sonntag, 8. u. 9. Juli,
Abd. 7 1/2, Ende 10 Uhr.
Der Zigeunerbaron.
Operette von Joh. Strauß,
2808 Götting.
Das Dreimäderlchen.
Schulbücher
empfehlen die
Volksbuchhandlung

Wichtigste Postkarten
Vollständig
in großer Auswahl,
zu besamt billigen
Preisen.
Friedr. Bloch,
Sattelmacher,
Schweitzerstr. 41,
500

Mar Schulke,
Moritzwinger Nr. 3
ist in der Lage, zu folgenden noch einigemmaßen
erschwinglichen Preisen abgeben zu können:
Schneise-Geldlinge 26⁰⁰
Perz. Ruten, Lunge usw. 42,00, 40,00
Spiele-Margarine 9,00, 8,25, 8,50
Alfiorin-Erbsen 9,00, 8,25, 8,50
Weiße Bohnen 14,00, 12,00, 10,50
Teis 12,00, 12,00
Erbsen 12,00, 12,00
Speise-Hirse 13,00
Weiße Gerstl. 16,50
Prima Roggenmehl 8,50
Saufrühling 1-1/2 Bdt. 12,50
Bombons 3 Bdt. 7,00
Rohmaterial-Gras „Dutele“ 1-1/2 Bdt. 4,30
Kauno-Maiskaffee 1-1/2 Bdt. 8,25
Knorr's Suppenwürfel 1 Bdt. 1,50
Neue laure Schlangen-Burten 1 Bdt. 5,00
Neue Maltes-Beringe 5,50, 5,00
Schokolade 2,50, 2,50
Kernjelle, Ia. helle Ware, Doppelt. 12,00, 11,00
Perill 1 Bdt. 11,50

Wir bieten Ihnen noch
große Vorteile

Wäschtücher 25⁰⁰ an
Handtücher 25⁰⁰ an
Staubtücher 5⁰⁰ an
Wettzeug 50⁰⁰ an
Wollstoffe für Kleider,
kariert, 58⁰⁰ an
Cheviot reine Wolle
von 120⁰⁰ an
Cheviot reine Wolle,
50 cm breit, von 185⁰⁰ an
Mantelstoffe von 200⁰⁰ an

Geschw. Wolff,
Leipziger Straße 37,
gegenüber Hotel No. 2796
Rein Raben.

Gelegenheits-
fäule in Möbeln, 503
Balkenwaren,
Betten usw. gute Qual.
Stemnt. 6, Teleph. 3679.
Werbt für den
Stoffentwurf

Große 2794
Auswahl guter
Oberhemden
denonbers preiswert
Danerwische-Vorrath
Al. Berlin 2.

Wa. Rindfleisch 3. Loth. a 3 Bdt. 50,00
Wa. Rindfleisch 4. brau. a 3 Bdt. 50,00
Wa. Rindfleisch a 3 Bdt. 48,00-50,00
Wa. Schweinefleisch a 3 Bdt. 52,00-54,00
Wa. Schweinefleisch a 3 Bdt. 80,00-82,00
Gehacktes (Rindfl.) a 3 Bdt. 52,00
Gehacktes (Schweinefl.) a 3 Bdt. 76,00
Die feinste Metz, Leber u. Schwarzen-
wurst a 3 Bdt. 80, Kochsch. a 3 Bdt. 14,00

Robert Hammer,
Feilschmeister, 2811
Kleine Klausstraße 2, am Markt.

Left
Welt und Wissen.
Unterhaltende und belehrende
illustrierte Monatschrift.
Preis 5 Mark.
Bestellungen sind auszugeben an unsere
Austreger und Literaturabteile, sowie an die
Produktiv-Genossenschaft für den
Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H.,
Wul. Bezirks-Zentralabteilung
Halle (Saale), Verdenstraße 14
und deren Filialen.

Arbeitsmarkt

3 Maurer
für Außenputz für hiesige Baustelle
sodort gesucht. Stundenlohn 32 Pf.
Werbung im Bureau des
Bauarbeiterverbandes, Satz 42-44

Heimarbeiterinnen
für
Barchent-u. Oberhemden
gesucht. Zu melden mit Probe-
arbeit und Wohnungsangabe bei
Abrahamowicz & Co.,
2815 Große Ulrichstraße 12 I.
Maurer evtl. Arbeiterlohn
für dauernd und sofort
gesucht. 2808
Arthur Kramer, Forststr. 52

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Verdenstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten

